

Wahlprüfsteine der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) zur Bundestagswahl 2021 – Kurzfassung

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) ist ein unabhängiger Fachverband für Sozialpsychiatrie, der sich seit 50 Jahren für die Weiterentwicklung und Verbesserung menschenrechtsbasierter Hilfsangebote für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen einsetzt.

Die DGSP arbeitet berufs- bzw. expertenübergreifend, das heißt, ihre Mitglieder sind psychiatrisch Tätige aller Berufsgruppen aus verschiedenen Institutionen, Psychiatrieerfahrene und deren Angehörige sowie Träger sozialpsychiatrischer Angebote.

Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen werden bis heute gesellschaftlich ausgegrenzt, finanziell schlechter gestellt und in ihrer Selbstbestimmung beschränkt. Die Benachteiligung gegenüber Gesunden wie auch körperlich erkrankten Menschen erstreckt sich auch auf die Familien, die häufig eine tragende Rolle in der Versorgung und Betreuung haben. Wer im psychiatrischen Umfeld arbeitet, leidet nicht selten unter unzureichenden, kränkenden (krank machenden) Bedingungen; soziale Ausgrenzung der Patient*innen spiegelt sich in mangelnder Anerkennung psychiatrischer Tätigkeit.

Soziale Psychiatrie sieht den Menschen in seinem gesellschaftlichen und lebensgeschichtlichen Bezug - mit Stärken und Schwächen, Ressourcen und Bewältigungsstrategien, mit den Grundbedürfnissen nach Wohnen und Arbeit, mit Angehörigen, Freund*innen und Kolleg*innen, als liebendes und lernendes Individuum. Soziale Psychiatrie verstehen wir als Psychiatrie im Kontext von Gemeinwesen, sozialen Sicherungssystemen und Politik. Behandlung und Hilfe für Menschen mit psychischen Erkrankungen sind in diesem Feld zu organisieren - personen- und bedürfniszentriert, multiprofessionell, gemeindeintegriert und demokratisch.

Die DGSP benötigt für die Bewältigung dieser gesellschaftlichen Herausforderung die Unterstützung der Parteien der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen. Wir wollen wissen, wie sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten in die Politik ausüben werden, um die sozialpsychiatrische Versorgung in Deutschland weiter zu verbessern. Zu diesem Zweck haben wir Wahlprüfsteine formuliert, die wir in folgenden acht Fragen zusammenfassen:

1. Leistungen müssen besser **verzehnt** werden (Schnittstellen der SGBs). Leistungsansprüche von Menschen mit einer psychischen Erkrankung müssen umgesetzt, StäB und Soziotherapie angeboten werden und **Menschen mit Fluchthintergrund** eine angemessene Versorgung erhalten. Was werden Sie dafür tun?

2. Negative Folgen sind **bei der Umsetzung des BTHG** für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu befürchten, gesetzlich vorgesehene Gesamtplan- und Teilhabekonferenzen finden nicht überall statt. Werden Sie die konsequente Umsetzung von Teilhabe- und Gesamtplankonferenzen fördern?
3. Zwangsbehandlungen sind oft Folge von **Personalmangel**. Die Sanktionsmechanismen der PPP-RL gefährden die reg. Versorgungsstrukturen der psychiatrischen Kliniken. Wie werden Sie sichern, dass eine **Fachkraftquote** eingeführt wird und **Expert*innen aus Erfahrung** flächendeckend eingesetzt werden?
4. Welche Anreize werden Sie für die **Begleitung von Menschen mit psychischen Erkrankungen beim Reduzieren und Absetzen von Psychopharmaka schaffen**, wie werden Sie sich für alternative und nicht medikamentöse Behandlungswege einsetzen und wie für die Behandlung psychisch erkrankter Inhaftierter in JVA's?
5. Gesundheitsämter und psych. Krisendienste brauchen bessere Rahmenbedingungen. Es vermeidet **Zwangsmaßnahmen**, wenn Akteur*innen des Gemeinwesens kooperativ und zuständigkeitsübergreifend arbeiten. Wie werden Sie reg. Zusammenarbeit unterstützen, Gesundheitsämter und Krisendienste fördern und ausbauen?
6. **Menschen mit psychischen Erkrankungen werden oft ausgegrenzt** und chronische psychische Erkrankungen sind besonders mit **materieller Verarmung** verbunden. Diese Menschen können oft nicht an dem Ort leben, an dem sie es wünschen, obwohl es die UN-BRK zusichert. Wie werden Sie dem entgegenwirken?
7. Der **Zugang zu Arbeit** wird Menschen mit psych. Erkrankungen oft verwehrt. Übergänge fehlen, die Zukunft von Inklusionsfirmen ist nicht gesichert, WfbM müssen dringend weiterentwickelt, andere Leistungsanbieter (SGB IX) aufgebaut werden. Wie werden Sie Teilhabe am allg. Arbeitsmarkt sicherstellen?
8. Es muss endlich eine **jährliche, systematische Berichterstattung über die Situation in der Psychiatrie** geben. Kennzahlen: PsychKG-Einweisungen, BGB-Unterbringungen, Zwangsmaßnahmen und Suizide, darüber hinaus Analysen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung. Werden Sie diese Forderung unterstützen?